

Viele Bürger Europas wollen diese EU nicht mehr

Der populistische Ruck nach rechts und die Abkehr von Europa sind die markanten Eckpunkte dieser Europawahlen. Die Bürger haben gegen die etablierten Parteien gestimmt und ihnen zugleich den unwiderruflichen Auftrag einer EU Agenda 2025 erteilt. Nehmen sie ihn an, besteht die Hoffnung auf die Gesundung und Neugestaltung Europas zum dauerhaften Nutzen seiner Völker. Verweigern sie sich, droht das Ende der EU auf dem Müllplatz der Geschichte.

Jetzt ist Schluss mit lustig! Die Bürger haben ihren populistischen Bürgerparteien in Frankreich, Spanien, England und auch in Deutschland bei den Europa-Wahlen einen schmerzlichen Denkkzettel verpasst. Viele Wähler fallen auf die populistische Bauernfängerei der auf Steuererhöhungen, sozialer Umverteilung und Karriere spezialisierten Politiker nicht mehr rein. Deshalb der Ruck hin zum Nationalismus und die Abkehr von Europa und auch von den deutschen Liberalen! Die neue Charisma schwache Nomenklatura um Lindner und Kubicki hat die Wähler nicht von einem Neuanfang überzeugen können, weil sie selbst noch Teil der alten Klicken-Wirtschaft sind.

Das gilt abgewandelt vor allem für Frankreich, Italien und auch für die gesamte EU. Die Menschen verlangen nach einer wirksamen und verständlichen Neuausrichtung der Gesellschaft und der Wirtschaft. Anstelle von Korruption und Vetternwirtschaft, Steuervergeudung und kalter Umverteilung fordern sie zu Recht neue und sichere Arbeitsplätze und eine Wachstums orientierte Wirtschaftspolitik und eine moderne und umweltfreundliche Infrastruktur, die der globalen Konkurrenz langfristig gewachsen ist. Das ist aber mit nationalistischen und sozialistischen Phrasen à la Marine Le Pen und ihrem Front National nicht zu bewerkstelligen. Das gilt gleichermaßen für die spanische Podemos und auch für die britische rechtspopulistische Ukip. Da müssen jetzt die staatstragenden alten Parteien inklusive ihrer Gewerkschaften ran, um die EU langfristig aus diesem deflationären und von Arbeitslosigkeit geprägten Teufelskreis herauszuführen. Das wird für die Beteiligten ein schmerzlicher Prozess, der eine komplette Umkehr der alt hergebrachten politischen Denkschemata erfordert. Das gilt aber auch für die EZB Banker und die deutsche Bundesregierung, die sich bis heute im fadenscheinigen Licht des Erfolges sonnen. Der Wahlausgang hat die Richtung vorgegeben und dem Weiter-So eine klare Absage erteilt. Gelingt diese Umkehr nicht, dann wird die EU in nicht allzu ferner Zukunft auf dem Müllplatz der Geschichte enden und Europa im Chaos versinken.

Die langfristige Lösung dieses Problems wäre eine EU-Agenda 2025 in Anlehnung an die erfolgreiche deutsche Agenda 2010 unter Kanzler Schröder. Dass die konservativen Kreise der SPD seit Jahren versuchen hier zurück zu rudern, sollte nicht beunruhigen. Sie haben offenbar nichts begriffen. Der Erfolg dieser Agenda setzt zunächst einmal voraus, dass die Steuersysteme, die Einnahmen- und Ausgabenpolitik und die staatlichen Verwaltungen inklusive ihrer Befugnisse in den jeweiligen EU Ländern entrümpelt, geordnet und in Richtung wirtschaftlicher Effizienz reformiert und neu strukturiert werden müssen. Was die EU in Griechenland geschafft hat, muss doch im eigenen Haus auch möglich sein. Das hat nichts mit sozialer Kälte, aber mit der Wiederherstellung einer prosperierenden sozialen Marktwirtschaft zu tun.

Als zweites müsste die EZB endlich wieder Gas geben, um die immer noch maroden EU-Banken und die Kreditwirtschaft mit Hilfe einer nachhaltigen lockeren Zins- und Geldpolitik wieder auf feste Füße zu stellen. Die Furcht vor einer wieder aufflackernden Inflationsgefahr ist mittlerweile wohl ein „Weidmann’sches“ Dorf. Deshalb sollte die EZB einzig und allein auf die Gefahren einer

nachhaltigen Deflation und einer anhaltenden ökonomischen Wachstumsschwäche in der EU fokussiert sein.

Als drittes brauchen die EU-Länder national gesteuerte Wirtschaftsprogramme, die die Bereiche Transport und Verkehr, Energie, Elektro und Telekommunikation, Wasser, Bildung und Gesundheit nicht nur umfassend modernisieren, sondern die europäische Infrastruktur in ihrer Gesamtheit auf die nationalen und internationalen Anforderungen der nächsten 30 Jahre ausrichten. Hier würde lediglich nur das nachgeholt, was in den letzten 20 Jahren in sträflicher Weise vernachlässigt, verschlafen oder versäumt worden ist, weil bis heute das Steueraufkommen vornehmlich überall dahin geflossen ist, wo die Politiker den geringsten politischen Widerstand fanden und vermeintlich die Wählerstimmen für ihre Wiederwahl sichern konnten. Das gilt vor allem auch für Deutschland. Während überall in Asien und Amerika in den letzten 20 Jahren modernste Wirtschaftszentren entstanden sind, sind heute viele Bereiche in der EU technisch veraltet und schadhaft oder fehlen ganz einfach in vielen Regionen, sodass der Wirtschaftsstandort EU kurz über lang global unwirtschaftlich zu werden droht.

Dieses Programm sollte in Anlehnung an den Wiederaufbau OST auf einen langen Zeitraum hin veranschlagt werden. Das bedeutet, dass die Staatsschuldenkonsolidierung der Einzelstaaten in der jetzigen Form gemildert oder sogar zeitweilig ausgesetzt und ein Infrastruktur-Solidaritätsbeitrag für die Besserverdienenden ähnlich wie seinerzeit in Deutschland erhoben werden müsste. Das bedeutet aber auch, dass die zahlreichen Industriebeteiligungen der jeweiligen Staaten allen voran in Frankreich und Italien privatisiert würden. Dann gäbe es auch den Unsinn des nationalen Interesses, wie seitens der Politik im Fall der Übernahmeversuche der Konzerne Alstom oder AstraZeneca kürzlich formuliert, nicht mehr.

Insofern hätte der Ausgang dieser Europa-Wahlen doch etwas Gutes. Das würde aber voraussetzen, dass den in der EU führenden Politikern endlich ein Licht aufgegangen ist und dass von nun an mehr politische und wirtschaftliche Vernunft und Weitsicht aller Beteiligten bei den wichtigen gesellschaftlichen und sozialen Entscheidungen walten würde. Nun ist das aber mit der Entwicklung der politischen Vernunft in den letzten Jahren so eine Sache geworden. Ob es eine Utopie bleibt, hängt von den in Kürze zu treffenden überfälligen wirtschafts- und ordnungspolitischen Maßnahmen in Frankreich, Italien aber auch in Deutschland ab.

Sollte der politische Weckruf Früchte tragen, hätte das ungeahnte langfristige positive Konsequenzen für die EU-Arbeitsmärkte, für die Wirtschaft und auch für die Kapitalmärkte. Dramatisch sinkende Arbeitslosigkeit in allen Ländern der Peripherie, steigende Unternehmensgewinne, steigendes Steueraufkommen trotz gesunkener Steuern, siehe Deutschland, steigende Produktivität und steigendes Wirtschaftswachstum wären die Trophäen einer auf Ordo-Liberalismus fußenden neuen Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik. Anhaltende Preisstabilität würde für weiter niedrige und sinkende Zinsen an den europäischen Kapitalmärkten sorgen. Für die Aktienbörsen wäre diese politische Neuausrichtung ein Paradigmenwechsel, der die europäischen Wertpapierindices, wenn auch unter Kursschwankungen, in den kommenden Jahren auf neue ungeahnte Höhen katapultieren würde.

Frank Zinnecker
29.5.2014